Mehr Steuerung im System

Podiumsdiskussion. Einen Sparplan über alle Bereiche des Gesundheitssystems wird es mit der CDU/CSU-geführten Bundesregierung nicht geben. Dies sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Simone Borchardt beim Zahnärzte Sommerkongress des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in Binz. Dennoch wird auch die Zahnärzteschaft um Veränderungen nicht herumkommen. Borchardt will Effizienzen heben und mehr Steuerung im System.

Autorin: Sabine Schmitt

Unter dem Titel „Bedarfsplanung reloaded – Rückschritt mit Ansage“ diskutierte die gesundheitspolitische CDU/CSU-Sprecherin Borchardt mit dem FVDZ-Bundesvorsitzenden Dr. Christian Öttl, dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer Prof. Christoph Benz, der Präsidentin der Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern (MV) Stefanie Tiede, dem stellvertretenden Vorsitzenden der KZV MV Dr. Jens Palluch, und FVDZ-Justiziar Michael Lennartz unter anderem darüber, wie sinnvoll eine Rückkehr zur Bedarfszulassung für Zahnärzte sein könnte. Moderiert wurde die Runde von Prof. Thomas Wolf, stellvertretender Bundesvorsitzender des FVDZ.

Altes Instrument, neue Bedarfszulassung

Zunächst hatte Borchardt gute Nachrichten für die Zahnärzteschaft im Gepäck, denn sie versprach, dass es trotz der angespannten Situation der GKV-Finanzen für den zahnärztlichen Bereich keine neue Sparrunde geben werde. „Wir werden da nicht nach dem Rasenmäherprinzip drübergehen wie die Vorgängerregierung und Strukturen kaputtmachen“, sagte Borchardt. Sie ließ allerdings keinen Zweifel daran, dass es im System Effizienzen zu heben und Steuerungselemente für eine bessere Versorgung zu implementieren gilt.

Diese Steuerungsmaßnahmen könnten im zahnärztlichen Bereich durchaus heißen, die Bedarfszulassung wieder einzuführen. Wenn die Selbstverwaltung es nicht schaffe, die Versorgung im ländlichen Bereich sicherzustellen, „muss da die Politik reingrätschen und schauen, welche Steuerungsmechanismen angewendet werden können“, machte sie deutlich. Auf dem Podium regte sich zu dieser Aussage Protest. LZK-Präsidentin Tiede und KZV-Vize Palluch hielten dies deutlich und unisono für das falsche Signal. Es sei ein „alter Regulierungsmechanismus“, dem man sich damit bediene, ohne die Konsequenzen zu bedenken, so Tiede. Denn statt sich vorschreiben zu lassen, wo sie sich niederlassen sollen, ließen sich jüngere Zahnärzte dann lieber gar nicht nieder. „Und diese Aussicht macht mir Angst“, ergänzte KZV-Vize Palluch. Es solle vielmehr mit Anreizen und dem Ausbau von Infrastruktur gearbeitet werden als mit Steuerung.

> „Wir werden da nicht mit dem Rasenmäherprinzip drübergehen.“



Von links: Prof. Dr. Thomas Wolf, Simone Borchardt, Prof. Dr. Christoph Benz, Dr. Christian Öttl, Stefanie Tiede, Dr. Jens Palluch und Michael Lennartz

Planwirtschaftliche Elemente bei der CDU?

FVDZ-Justiziar Lennartz machte den Rückschritt deutlich, den eine Bedarfszulassung bedeuten würde,



denn dass es eine freie Niederlassung für Zahnärzte gebe, sei hart erkämpft worden – unter anderem vom FVDZ. Er monierte, dass die CDU da „fast planwirtschaftliche Vorstellungen" habe. Der FVDZ-Bundesvorsitzende Öttl gab zu bedenken, dass überhaupt erst mit der Zulassung von arztgruppengleichen MVZ die Büchse der Pandora geöffnet worden sei. BZÄK-Präsident Benz betonte: „Wir haben keinen Zahnarztmangel – wir haben einen Praxismangel."

Den Vorwurf der Planwirtschaft ließ CDU-Politikerin Borchardt nicht auf sich sitzen und betonte, dass die neue Bundesregierung und die CDU als Regierungspartei keinesfalls im Alleingang über diese Dinge entscheiden würden. Für sie sei es maßgeblich, dass sie mit den Akteuren in den Dialog trete und Argumente austausche, nur so werde man konstruktiv miteinander arbeiten und für eine gute und auch qualitativ hochwertige Versorgung sorgen können. Borchardt stellte dabei auch in Aussicht, sich politisch für die vom FVDZ-Bundesvorsitzenden Christian Öttl geforderte schnelle Punktwerterhöhung in der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) und die Förderung von Landzahnarztpraxen einsetzen zu wollen. ■



ANZEIGE



Ein guter Grund für Zahngoldrecycling:

Erlöse können in die Praxis investiert werden – zum Nutzen der Patienten und Mitarbeiter.

Investieren Sie Ihren Erlös in Praxismarketing oder bei Dienstleistern, die Konzepte erarbeiten, um dem Fachkräftemangel einer Praxis zu begegnen.

Mit dem Erlös können Sie aber natürlich auch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Ihr Team unterstützen. Hiervon profitieren die Patienten ebenfalls.

Es gibt Praxen, die den Erlös in neue Geräte wie Intraoralscanner oder strahlungsreduziertes Röntgen investieren. Es gibt viele Möglichkeiten, Patienten Vorteile zu bieten und gegenüber Fachkräften das Signal zu senden, in einer modernen Praxis tätig zu werden.

www.kulzer.de/zahngold

ALLES ZUM SICHEREN ZAHNGOLDRECYCLING

VERANTWORTUNGSVOLLE EDELMETALL-KOMPETENZ

Telefon: 0800-4372 522
+ Stichwort „Recycling"
E-Mail: zahngold@kulzer-dental.com

MUNDGESUNDHEIT IN BESTEN HÄNDEN.

KULZER
MITSUI CHEMICALS GROUP

© crispy - stock.adobe.com